

Avanti O.

RSB Oberhausen

Kämpfen statt betteln!



OTIS-KollegInnen aktiv für Weihnachtsgeld

H.N.

Beim Aufzugs- und Fahrtreppenhersteller OTIS ist es schon fast ein Ritual. Am Jahresende gibt es Streit um die Höhe des Weihnachtsgelds. Auch 2014 hat das Unternehmen bestens kassiert, aber die Ge-

schäftsleitung weigert sich, den Beschäftigten einen als Gewinnbeteiligung bezeichneten Teil des Weihnachtsgelds zu zahlen. Deshalb demonstrierten OTIS-KollegInnen am 29. November 2014 vor der Mannheimer Niederlassung für ihre Interessen. ■

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vierten Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur *Avanti* findet Ihr neben betrieblichen Themen Berichte über Anti-Nazi-Proteste und über Einschüchterungsversuche der Polizei, sowie einen Bericht über das Kobane / Rojava Solidaritätskomitee Oberhausen.

Über die erfolgreiche Tagung „Unsere Gesundheit ist mehr wert als ihre Profite!“ am 29. November 2014 können wir leider erst in der Januar-Ausgabe berichten.

Mit dieser Nummer haben wir unserer regionalen Beilage der *Avanti* einen neuen Namen gegeben, *Avanti O.*, womit wir unseren lokalen Bezug auf dem ersten Blick sichtbar machen wollen. Das schräge *O.* ist ja seit vielen Jahren ein Symbol für die Stadt Oberhausen. Wir wünschen Euch einen stressfreien Jahresausklang und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	REPRESSION
01 Otis: Kämpfen statt betteln!	03 AbbVie: Proteste unerwünscht
BETRIEB	SOLIDARITÄT
02 Klinikum: Interview mit einem Betriebsrat (Teil I)	04 Solidarität: Kobane – Oberhausen
ANTIFA	
03 Weinheim: Proteste gegen Nazis	

Zur Kommerzialisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen und den Auswirkungen auf die Patienten und Beschäftigten

Interview mit Uwe Kupferschläger, Betriebsrat in der städtischen Uniklinik in Mannheim

Teil I

Das Interview wurde vom Lokalradio Bermudafunk Mitte November geführt und gesendet.

Hier ist Reinhard vom Bermudafunk, dem freien Radio in Mannheim/Heidelberg. Wir sind hier in der städtischen Uniklinik in Mannheim und ich spreche mit einem der Betriebsräte, der im Zusammenhang der Auseinandersetzung um Hygiene- und Personalmangelprobleme am 23. Oktober 2014 einen Leserbrief geschrieben hat, von dem ich zum Einstieg jetzt einiges zusammenfassen möchte.

Uwe Kupferschläger (U.K.) schrieb: Seiner Meinung nach sei der eigentliche Skandal nicht der Hygieneskandal, der ja von den Betriebsräten und Vertrauensleuten schon seit Jahren beklagt wird, sondern die Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung insgesamt - also der zunehmende Wettbewerb und die vollkommen unbrauchbaren Rahmenbedingungen.

Zum Schluss seines Leserbriefs stellt er aus seiner Sicht dar, dass dieser Versuch, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien immer kostengünstiger zu arbeiten und trotzdem eine maximale Versorgung der Patienten - auch z.B. ohne lange Wartezeiten - aufrecht zu erhalten, gescheitert sei. Wenn die Politik sich das eingestehen würde, wäre es vielleicht möglich, ein Umdenken auszulösen. Er bezeichnet den Personalabbau, der jahrelang stattgefunden hat und leider immer noch stattfindet, die „Einsparungen“ sowie das Outsourcing von Dienstleistungen, als mindestens fahrlässig.

Uwe kannst du uns schildern, wie die aktuelle Lage jetzt ist?

U.K.: Zur aktuellen Lage: Im Moment scheint sie sich ein wenig beruhigt zu haben. Der Hygieneskandal ist soweit einigermaßen im Griff. Diese Sterilgutabteilung wird jetzt von einer zertifizierten Firma betreut. Man versucht gerade, das Ganze so aufzustellen, dass man wieder in einen Normalbetrieb kommen kann. Wie gut das klappen wird, werden wir in den nächsten Wochen sehen. Darüber

hinaus ist eine Kommission eingerichtet worden. Der Oberbürgermeister Kurz hat das ja auch verbreitet, es stand auch schon im Mannheimer Morgen. Diese Kommission soll einfach überprüfen, was in der Vergangenheit schief gelaufen ist. Zum einen in der Sterilgutabteilung, zum anderen in der Kommunikation zwischen den einzelnen Abteilungen und der Führungsebene. Denn es hat sich ja auch gezeigt, dass nicht alle Informationen in der Führungsebene angekommen sind. So wurde das dargestellt. Soviel zum Aktuellen.

BF: In meiner zweiten Frage, möchte ich noch einmal grundsätzlich auf die seit längerer Zeit von den Regierungen aufgestellten Behauptungen eingehen, das es angeblich Geldmangel und Sparzwänge gäbe und dass es notwendig wäre, die Kosten des Gesundheitswesens zu deckeln. Dazumöchte ich einfach ein paar Stichworte geben. Dieser Kampf gegen die Verschlechterungen im Gesundheitswesen, gegen Privatisierungen und Kommerzialisierungen findet schon seit den 70er/80er Jahren statt. Der Geldmangel - der so genannte Sachzwang, Kosten deckeln zu müssen - ist in keinster Weise zutreffend und gerechtfertigt, weil er auf der einen Seite hausgemacht, also von der Politik selbst verursacht wurde, auf der anderen Seite aber im gleichen Zeitraum Vermögenssteuern abgeschafft, die Steuereinnahmen von Reichen in unvorstellbar großen Beträgen für Rüstung und permanente Kriegseinsätze ausgegeben werden. Von uns wird seit Langem kritisiert, was die Anschaffung von Bundeswehr-Großflugzeugen kostet und was man an Stelle von einem oder zwei oder zehn Flugzeugen Sinnvolles in Krankenhäusern oder in anderen sozialen Bereichen tun könnte. Als Frage jetzt direkt: Ist dir auch die bundesweite Studie von

ver.di bekannt, dass wenn es ausreichend Personal gäbe und wenn nicht die Belastung der Beschäftigten in dem Maße gewachsen wäre, wie sie in den letzten Jahren gewachsen ist, es möglich gewesen wäre, 5.000 PatientenInnen mehr am Leben zu halten? Kannst Du sagen, ob Deiner Meinung nach die Studie zutreffend ist oder in welchem Zusammenhang das zu sehen ist?

UK: Die Studie kenne ich leider nicht ganz genau, weiß aber, dass es vor einigen Jahren schon amerikanische Studien gab, in denen sehr ausführlich ausgewertet wurde, wie das Verhältnis von Personal zu Überlebensraten ist. Da ist es schon nachgewiesen, dass Menschen, die von genügend und ausreichend gut qualifiziertem Personal betreut wurden, eine bessere Überlebenschance im Krankenhaus haben, als Menschen die in Krankenhäuser gehen müssen, in denen die Qualifikation und der Personalschlüssel schlechter sind. Die sterben häufiger, das ist einfach so. Da kann man einen Zusammenhang tatsächlich herstellen.

BF: Deswegen ist es auch nicht übertrieben, wenn ver.di von einer Zweiklassengesundheitsversorgung spricht. Meiner Ansicht nach ist es eine Dreiklassengesundheitsversorgung. Also mit Dreiklassen meine

ich jetzt, dass es immer mehr Menschen gibt, die gar keine Versicherung haben, oder z.B. Flüchtlinge, die eine wesentlich schlechtere Minimalversorgung haben. Das meine ich jetzt mit der dritten Klasse.

UK: Ich denke, dass man im Moment in den Krankenhäusern versucht, gerade eben dies nicht passieren zu lassen. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern versuchen, alle Menschen so gut wie möglich zu behandeln. Das Problem ist aber tatsächlich, dass die Finanzierung dieser Leistung schon in Richtung Dreiklassen - oder Zweiklassenmedizin geht. Es ist so, dass bestimmte Leistungen eben nicht gut finanziert sind und auch dann nur ausreichend und auf Dauer in diesem System erbracht werden können, wenn irgendjemand was draufzahlt. Manche Leute können es sich leisten und andere eben nicht. ■

Der zweite Teil des Interviews erscheint in der nächsten Avanti Beilage im Januar 2015.



Schlange vor einem Augenarzt in Rathenow im Januar 2013

Quelle: Scan der Zeitung BZ Berlin vom 16.01.2013

NPD-Parteitag in Weinheim

Widerstand ist nicht gewollt!

Ca. 300 AntifaschistInnen protestierten am 1./2.11.2014 gegen den Bundesparteitag der NPD, der in der Stadthalle in Weinheim stattfand.

KORRESPONDENT WEINHEIM

Damit war Weinheim zum dritten Mal hintereinander das Ziel der Faschisten. Schon im Jahr 2013 hatte im Weinheimer Vorort Sulzbach, in der Kneipe „Zum schwarzen Ochsen“, ebenfalls sowohl der Bundesparteitag als auch der Landesparteitag der NPD stattgefunden.

Mit mehreren Hundertschaften Polizei glaubte man die Veranstaltung vor offensichtlich vermuteten „Chaoten“ schützen zu müssen. Insgesamt drei AntifaschistInnen wurden denn auch in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt, weil sie es gewagt hatten, sich ankommenden Nazis in den Weg zu setzen, um ihnen den Zugang zur Stadthalle zu erschweren. Anschließend konnten die Nazis

von der Polizei ungestört in der Halle ihre rassistischen Hetztiraden abziehen. Der Rechtsstaat hat es einmal mehr ermöglicht. Auf dem Parteitag fand ein Generationswechsel in der Führungsspitze statt. Der frühere Zeitsoldat und bisherige Pressesprecher Frank Franz (35) aus dem Saarland wurde zum neuen Bundesvorsitzenden der NPD gewählt. Der bisherige Vorsitzende Pastörs (64) hatte nicht mehr kandidiert.

Dass das Treffen der ca. 130 NPD'ler überhaupt und weitgehend ungestört in Weinheim stattfinden konnte, ist ein Skandal für sich. Nachdem die Stadt Weinheim die Veranstaltung abgelehnt hatte, ging die NPD rechtlich dagegen vor und konnte sich einmal mehr erfolgreich durchsetzen. Das war aller-

dings vorauszusehen. Skandalös ist, dass die Stadtverwaltung die wochenlange juristische Auseinandersetzung mit der NPD nicht öffentlich gemacht hat. Erst nach dem Verbotsurteil des Verwaltungsgerichtshofs in zweiter Instanz ging die Stadt an die Öffentlichkeit, um den Erfolg zu verkünden. Aber zu früh gefreut: Die NPD ging jetzt in die letzte Instanz, um gegen das Urteil des VGH zu klagen und bekam, wie nicht anders zu erwarten, die Genehmigung durch den Staatsgerichtshof. Auch das wurde von der Stadt verschwiegen. Erst am Tag vor dem geplanten Parteitag wurde die Öffentlichkeit über das Stattfinden des Nazi-Treffens informiert. Zu spät für eine effektive Gegenmobilisierung. Das Konzept der Stadt ist offensichtlich: Möglichst spät

den Veranstaltungstermin öffentlich machen, um den Protest gegen die Nazis gering zu halten. Nicht die Nazis sind die Schlimmen, sondern als Nazi-gegner getarnte „Berufsdemonstranten“ und „Chaoten“. Diese Rechnung ist wohl weitgehend aufgegangen, wie die vergleichsweise geringe Anzahl der GegendemonstrantInnen gezeigt hat. Zukünftig müssen sich die AntifaschistInnen besser koordinieren, um dem Protest gegen die Nazis besser Ausdruck zu verleihen. Die NPD hat schon jetzt wieder Termine für 2015 in Weinheim angefragt. Der neue NPD-Vorsitzende Frank Franz auf dem Parteitag gegenüber der Presse: „Die Halle in Weinheim ist für uns mit am besten einklagbar.“ ■

Bericht über Vorfall bei AbbVie in Ludwigshafen mit Polizei und Kommunalen Ordnungsbeamten

Am 6.11.2014 ab ca. 07:00 Uhr morgens veranstalteten zwei Personen der Tierrechtsbewegung eine Mahnwache gegen Tierversuche auf einem öffentlichen Parkplatz gegenüber dem Haupttor des Pharmaunternehmens AbbVie in der Ludwigshafener Sundermann-Straße. Bei AbbVie werden im Tierversuch u. a. Beagle-Hunde auch für Giftigkeitsprüfungen verbraucht bzw. ermordet.

K. L.

Eine Mahnwache, die als stiller Protest gegen Tierversuche durchgeführt wird, muss laut Ordnungsamt nicht angemeldet werden. Dies gilt auch, wenn mehrere Poster mit entsprechenden Texten und Bildmaterialien sowie LED-Friedhofsleuchten direkt vor und auf dem PKW platziert werden und sich nur zwei Personen vor Ort auf einem öffentlichen Parkplatz aufhalten. So fanden Mahnwachen dieser Art viele Jahre lang in der gleichen Form statt. Sie wurden auch bis zu jenem Tag (6. November 2014) zwar häufig von der Polizei sowie dem Kommunalen Ordnungsdienst kontrolliert, jedoch wurde es stets dabei belassen, Ausweis- und Kfz-Daten aufzunehmen und nichts beanstandet.

Am 6. November kurz nach 07:00 Uhr fuhr ein Polizeiwagen mit zwei Polizisten vor, und kurz darauf ein Wagen des Kommunalen Ordnungsdienstes mit einer Person. Alle drei Beamte besprachen sich kurz und eil-

ten dann zu unserem PKW. Sie forderten in einem ungewöhnlich schroffen Ton die Ausweis-papiere und teilten auch sofort mit, dass wir für diese Aktion eine Sondernutzungs-Genehmigung vorweisen müssten. Da wir eine solche natürlich nicht hatten (weil bis dato eine derartige Genehmigung nicht erforderlich gewesen war), wurden wir äußerst barsch aufgefordert, sofort den Platz zu verlassen.

Wir leisteten dieser Aufforderung nicht sofort Folge, weil wir zuerst unsere Ausweise zurückhaben wollten und bezüglich dieser „neuen“ Genehmigungspflicht wissen wollten, bei welcher Behörde diese denn einzuholen sei. Der Kommunale Ordnungsbeamte gab uns daraufhin die Adresse des Tiefbauamtes und den Namen des dort zuständigen Beamten. Als wir gegenüber den Beamten auch äußerten, dass wir das, was sie gerade vollführten, als Willkür und Schikane empfanden, wurde uns Haft angedroht, wenn wir nicht sofort den Platz verlassen würden. Wir packten daraufhin ein. Jedoch bevor wir wegfuhrten, riefen wir noch

einige Worte wie „dort drüben bei AbbVie geschehen im Tierversuch Verbrechen an Wehrlosen. Dort müssten sie hin, nicht zu uns“, und fragten, ob Fußballfans ab sofort auch eine Sondernutzung bräuchten, wenn sie ihre PKW mit Fahnen und Banner bestückten. Daraufhin wurden die Beamten gänzlich ungehalten und erteilten uns einen nochmaligen Platzverweis mit Haftandrohung.

Wir fuhrten danach weg und direkt hin zum Tiefbauamt. Der dortige Beamte meinte aber, nachdem wir ihm die Situation geschildert hatten; welche er zuvor von einem (?) Beamten anders mitgeteilt bekommen hatte, dass er und sein Chef keinen Anlass für eine Sondernutzungs-Genehmigung erkennen könnten. Auch stelle unser PKW, selbst mit Postern, kein Infomobil dar. Sicherheitshalber hat er ein Foto von unserem PKW mit der gleichen Anordnung der Poster und Lichter, wie wir sie vor AbbVie aufgebaut hatten, gemacht. Er wollte auch im Straßenbauamt und weiteren Ämtern nachfragen, ob hier eine Sondernutz-

ungs-Genehmigung erforderlich wäre. Am 12.11.2014 teilte er uns auf telefonische Rückfrage mit, dass auch die anderen Ämter bestätigt hätten, dass keine Sondernutzungs-Genehmigung erforderlich war... ■

Was ist AbbVie?

AbbVie Inc. ist ein Bio-Pharma-Unternehmen mit weltweit ca. 25.000 Beschäftigten, das 2013 als Abspaltung des Pharma-Konzerns Abbott Laboratories gegründet wurde. Der Umsatz von AbbVie betrug im Jahr 2013 insgesamt 18.790 Mrd. USD. AbbVie entwickelt und vertreibt Medikamente unter anderem in den Bereichen Immunologie, Onkologie und Virologie.

Die AbbVie Deutschland GmbH & Co. KG mit ca. 2.400 Beschäftigten hat ihren Sitz in Wiesbaden. Weitere Niederlassungen gibt es in Ludwigshafen und Berlin.

Kobanê braucht unsere Solidarität!

In Oberhausen hat sich im November 2014 das Komitee „Solidarität mit Kobanê / Rojava!“ gegründet.

SOLI-KOMITEE / P.S.

In den drei syrischen Kantonen Efrin, Kobanê und Cizire – zusammen als Rojava / Westkurdistan bezeichnet – hat die Bevölkerung ein basisdemokratisches System der Selbstverwaltung entwickelt. Rojava versteht sich als autonomer Teil Syriens. Hier leben KurdInnen, AraberInnen, ArmenierInnen und AssyrerInnen friedlich zusammen. In Cizire sind Kurdisch, Arabisch und Aramäisch die Amtssprachen. Die unterschiedlichen Religionen (SunnitInnen, AlewitInnen, ChristInnen und YezidInnen) können frei ausgeübt werden. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Bei Ämtern gilt für Frauen eine Quotierung von 40 Prozent.

Im September starteten die Terrormilizen vom so genannten Islamischen Staat (IS) eine militärische Großoffensive auf die Stadt Kobanê. Dabei wurden mehr als 300 Dörfer und Ortschaften zerstört und teilweise dem Erdboden gleich gemacht.

Die räteähnlich organisierte Ge-

sellschaft der KurdInnen in Rojava ist für den IS ein starkes Feindbild, das er mit allen Mitteln zu zerstören versucht. Der Westen unterstützt den Kampf der Bevölkerung von Kobanê verbal, lässt tatsächlich aber die Vernichtung der demokratischen Kräfte zu. Ein Erstarren der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in der Türkei und der kurdischen Opposition in Syrien PYD (Partei der Demokratischen Union), die hinter dem Gesellschaftsmodell von Rojava stehen, wollen die westlichen Regierungen auf keinem Fall zulassen. Seitens der Türkei erhält der IS gar Unterstützung für sein mörderisches Handeln.

Medienberichten zufolge sind aufgrund des Angriffs des IS mehr als 160.000 Menschen aus dem Kanton Kobanê auf der Flucht.

Das Überleben der Menschen in Kobanê hängt von schneller Hilfe ab. Um hierzu auch einen Beitrag zu leisten, hat sich in Oberhausen ein Solidaritätskomitee gegründet.

Das Solidaritätskomitee ruft alle Bürger und Bürgerinnen in Oberhausen auf, Medikamente (insbesondere Schmerzmittel und schmerzhem-

mende Salben) sowie Verbandmittel, Desinfektionsmittel, Blutdruckmessgeräte, Blutzuckermessgeräte, nicht-elektrische Rollstühle und Gehstöcke zu spenden.

Die Sachspenden schickt das Solidaritäts-Komitee mit Hilfe von Heyva Sor a Kurdistanê e.V. (Kurdischer Roter Halbmond, Wilhelmstr. 7, 53840 Troisdorf) nach Kobanê. Ab-

gegeben werden können sie beim Verein Rojava Kultur Zentrum e.V., Rolandstr. 23, in 46045 Oberhausen. Und zwar jeden Freitag zwischen 16:00 und 19:00 Uhr.

Für Fragen zu dieser Aktion ist das Komitee jederzeit erreichbar unter der Handynummer 0173/594 38 47. ■

**Weg mit
dem
PKK-Verbot!**

RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen
Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@rsb4-oberhausen.de



V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim

TERMINE in Oberhausen:

- Mo, 15.12.14, 12:00, Aktionskreis gegen Betriebsrats-Mobbing (Nähere Informationen bitte beim RSB Oberhausen erfragen)
- Di, 16.12.14, 19:00, Solidaritätskomitee Kobanê/Rojava, Linkes Zentrum, Elsässer Straße 19